



STANDPUNKT

## Erst töten, dann heilen

**focus 1/18**  
Februar



**Pedro Lenz**

lebt als Schriftsteller und Kolumnist in Olten und ist Mitglied des Komitees «Nein zum Sendeschluss»

Als Mitglied des Komitees «Nein zum Sendeschluss» hatte ich in letzter Zeit oft Gelegenheit, meine Argumente für eine deutliche Ablehnung der «No Billag»-Initiative darzulegen. In diesen Gesprächen oder Vorträgen geht es mir normalerweise nicht darum, die Überzeugten zu bekehren. Die Fanatischen, die Extremen, diejenigen, die prinzipiell alles ablehnen, was öffentlich oder gemeinschaftlich ist, erweisen sich meist als unbelehrbar. Aber sie sind eine Minderheit und wären leicht zu überstimmen.

Das Gefährliche an ihrer radikalen Initiative ist freilich, dass diese Libertären auch ganz viele Bürgerinnen und Bürger ansprechen, die grundsätzlich für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind, aber an der SRG etwas zu kritisieren haben. Die Leute, die glauben, mit einem Ja zu «No Billag» könnten sie den Programmern der SRG-Sender oder der betroffenen Privatradios und Regionalfernsehen einen Denkzettel verpassen. Diese Leute erklären uns an Podien und in Leserbriefen, was ihnen am Radio oder Fernsehen nicht passt und was ihrer Ansicht nach geändert werden müsste. Die einen möchten beim Sport sparen, die ändern bei der Volksmusik, wieder andere wären dafür, diesen oder jenen Moderator zu ersetzen oder keine Serien mehr zu produzieren.

Zu kritisieren haben alle etwas. An Verbesserungsvorschlägen mangelt es nicht. Das ist vollkommen normal, besonders bei einer Institution, die täglich Radio- und Fernsehprogramme in vier Sprachen sendet und dabei einen möglichst grossen Teil der Bevölkerung erreichen soll und gleichzeitig breit und ausgewogen informieren muss.

Doch bei aller Unzufriedenheit bleibt schwer nachzuvollziehen, wieso man gleich alles zerstören soll, wenn man mit einzelnen Elementen unzufrieden ist.

Würde es uns einfallen, ein Restaurant schliessen zu wollen, weil uns ein Menu nicht zusagt, das Opernhaus abzureissen, weil uns eine Inszenierung nicht gefällt, die Autobahnen aufzuheben, weil sie zuweilen verstopft sind?

Fast kommt es einem vor, als wollten manche «No Billag»-Befürworter als selbsternannte Ärzte einen Patienten heilen, indem sie ihn erst mal töten. Doch was tot ist, lässt sich nicht heilen, was willentlich zerstört wird, lässt sich nicht mehr verbessern.

Auch bei einem Ja zu «No Billag» werde es mit der SRG irgendwie weitergehen, sagen jene, die den Initiativtext nicht gelesen haben. Irgendwie wird es tatsächlich weitergehen. Es wird weitergehen mit der Schweiz, aber nicht mit öffentlich-rechtlichem Schweizer Radio und Schweizer Fernsehen.

### Liebe Leserin, lieber Leser

Von Genf bis St.Gallen und von Basel bis Lugano – zahlreiche Stadtregierungen haben in den letzten Wochen die Nein-Parole zur Volksinitiative «No Billag» gefasst. Auch der Schweizerische Städteverband lehnt die Initiative ab. Sie bedroht nicht nur die Existenz der SRG, sondern auch jene von 21 Lokalradios und 13 regionalen Fernsehsendern.

Was heisst das für die Städte? In Gefahr sind über 6000 städtische Arbeitsplätze. Zugleich würde die Berichterstattung über kommunale Themen stark leiden, wenn «Schweiz aktuell», «Tele Ticino» oder «Radio Rottu» nicht mehr vor Ort berichten. Für die politische Meinungsbildung, den nationalen Zusammenhalt und die Vielfalt unserer Kultur ist ein unabhängiges Radio- und Fernsehangebot von grösster Bedeutung. Setzen wir den Service public nicht aufs Spiel!

Ihre focus-Redaktion

### Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

## INTERVIEW

## «Ohne Schweizer Radio und Fernsehen stirbt ein Stück Schweiz»


**Alec von Graffenried**  
**Stadtpräsident von Bern**

Alec von Graffenried ist seit dem 15. Januar 2017 Stadtpräsident von Bern. Zuvor amtierte er von 2000 bis 2007 als Regierungsrat des Amtsbezirks Bern und war von 2007 bis 2011 Direktor für Nachhaltige Entwicklung und von 2012 bis 2016 Direktor Immobilienentwicklung der Losinger Marazzi AG. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Bern. Alec von Graffenried ist in zweiter Ehe verheiratet und Vater von vier Kindern.

**Die Berner Stadtregierung hat die Nein-Parole zur «No Billag»-Initiative gefasst. Warum bezieht die Stadt gerade zu dieser Vorlage Position?**

Der Gemeinderat äussert sich dann zu nationalen Abstimmungen, wenn sie die Stadt direkt betreffen oder das Thema von staatspolitischer Bedeutung ist. Bei der «No Billag»-Initiative trifft beides zu. Erstens, weil die Stadt Bern Hauptsitz der SRG ist, und zweitens, weil die Initiative das Funktionieren der direkten Demokratie gefährdet. Für uns war deshalb klar, dass wir geschlossen gegen die Initiative Stellung beziehen.

**Was steht in der Stadt Bern bei einer Annahme der Initiative auf dem Spiel?**

Mit der Generaldirektion, dem Radiostudio, dem Medienzentrum Bundeshaus und der Tochterfirma TPC bietet die SRG in Bern rund 580 hochqualifizierte Vollzeitstellen für über 700 Mitarbeitende an. Diese Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Zudem würde Bern mit der SRG eine Institution verlieren, die wichtig ist für ihre Positionierung als Hauptstadt und als Zentrum der nationalen Politik. In Bern produzierte Sendungen wie die «Elefantenrunde» würden verschwinden, und bei nationalen Wahlen drohten die Lichter im Bundeshaus gelöscht zu bleiben.

**Mit oder ohne SRG: Medien wird es doch immer geben. Oder nicht?**

Ja, die Frage ist bloss, welche Art von Medien. Die unabhängigen SRG-Medien

garantieren einen sachlichen und sorgfältigen Umgang mit politischen Themen. Die Sendeformate sind so konzipiert, dass alle zu Wort kommen, auch Minderheiten und Andersdenkende. Erst die SRG schafft überhaupt eine allgemeine Plattform für politische Debatten. Sie ist damit essenziell für den Zusammenhalt der Schweiz. Und die SRG ermöglicht durch ihren Finanzausgleich hochwertige Programme in allen Landesteilen. Diese Leistungen sind zentral für die direkte Demokratie.

**Warum braucht es in der Stadt Bern Sender wie TeleBärn und Radio Rabe?**

Aus dem gleichen Grund, wie es die SRG braucht. Sie sind Teil der Medienvielfalt und Meinungsvielfalt. Sie sprechen unterschiedliche Gruppen an und geben ihnen eine Stimme. Zusammen mit anderen Medien widerspiegeln sie das gesellschaftliche, politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben in unserer Region und schaffen die Voraussetzungen für gut informierte Bürgerinnen und Bürger. «No Billag» macht das zunichte.

**Auch der Kulturplatz müsste erhebliche Einbussen hinnehmen – mit welchen Konsequenzen für das lokale Kulturschaffen?**

Kultur braucht Austausch. Die SRG spielt als Kulturförderin und Kulturvermittlerin eine zentrale Rolle, indem sie lokale Produktionen unterstützt und prominente Plattformen bietet. Der Kulturplatz Bern wird ärmer

ohne SRG. Darüber hinaus schafft die SRG selber Kultur. Ob «Kulturplatz» oder «Der Bestatter», ob «SRF bi de Lüt» oder «Literaturclub»: Sie alle stiften kulturelle und nationale Identität und Zusammenhalt. Darum ist klar: Ohne Schweizer Radio und Fernsehen stirbt ein Stück Schweiz.

**Nicht nur Radio und Fernsehen, auch die Printmedien stehen stark unter Druck. Was heisst das für den Medienplatz Bern?**

Die Medienlandschaft befindet sich im Umbruch. Bund und Berner Zeitung sind die Leitmedien heute. Ein Ersatz ist noch nicht in Sicht. Wie die demokratische Meinungsbildung ohne starke Leitmedien in guter Weise erfolgen kann, ist heute noch nicht vorstellbar.

**Wie kommuniziert die Stadt Bern in 20 Jahren mit ihrer Bevölkerung?**

Gute Frage! Die klassischen Massenmedien verlieren allmählich ihre Rolle als Rückgrat der behördlichen Kommunikation. Sollen die Menschen weiterhin verlässlich über die Tätigkeit von Behörden und Verwaltung informiert sein, müssen wir dorthin, wo die Musik spielt – zu den sozialen und digitalen Medien. Die Stadt wird künftig mehr in die Aufbereitung und Vermittlung von Information investieren müssen. Das heisst: mehr Ressourcen für die Kommunikationsabteilungen. Wer das nicht will, muss erst recht Nein sagen zur «No Billag»-Initiative.

## THEMA

# Der Beitrag des Service Public zur Demokratie

**Jede Demokratie braucht Medien, die relevante Information bereitstellen und damit zum politischen Wissen in einer Gesellschaft beitragen. Mediensysteme mit einem starken Service Public fördern die Informationsqualität, wie wissenschaftliche Studien zeigen. Medialer Service public ist zudem zentral für die Vermittlung von politischem Wissen und trägt dazu bei, die Wissenskluft in einer Gesellschaft zu verringern.**



**Silke Adam,**  
Professorin am Institut  
für Kommunikations-  
und Medienwissenschaft  
der Universität Bern

Jede Demokratie braucht informierte Bürgerinnen und Bürger, die in Wahlen und Abstimmungen ihre Interessen kundtun. Da diese meist keine direkte Erfahrung mit der Politik haben, bedarf es der Medien. Ihre Aufgabe ist es, nicht nur über Stars, Sensationen und Sport zu berichten, sondern relevante Information bereitzustellen und damit zum politischen Wissen der Gesellschaft beizutragen.

Leistet der Service Public diesbezüglich mehr als kommerzialisierte Rundfunksysteme? Um dies zu beantworten, haben Forscherinnen und Forscher die angebotenen Inhalte und die Nutzung von privaten und öffentlichen (Fernseh-)Stationen verglichen und die daraus resultierenden Wissensgewinne analysiert – mit Hilfe von Ländervergleichen und Wirkungsstudien auf Individualebene. Drei grosse Befunde ergeben sich aus diesen Studien.

«Kommerzialisierte Medien produzieren mehr von dem, was der Markt fordert und Gewinne bringt; hingegen weniger davon, was die Demokratie braucht.»

**Service Public fördert die Qualität der in einem Land verfügbaren Informationen.** So zeigen die Studien übereinstimmend (u.a. Aalberg et al. 2010, Curran et al. 2009, Fög 2017, Iyengar et al. 2009), dass der Service Public nicht nur mehr Information bereitstellt als seine kommerzialisierten Gegenspieler, sondern dabei diese Information auch von höherer Qualität ist, d.h. eben relevanter, vielfältiger und mit einer höheren Einordnungsleistung. Kommerzialisierte Medien produzieren mehr von dem, was der Markt

fordert und Gewinne bringt; hingegen weniger davon, was die Demokratie braucht.

**Service Public ist zentral für die Vermittlung politischen Wissens.** Die Studien belegen, dass politisches Wissen nicht nur vom Interesse und der Motivation eines jeden Einzelnen abhängt, sondern auch vom Medienangebot. Service-Public-Fernsehen mit mehr und qualitätsreicheren Informationen, die zudem in der Primetime ausgestrahlt werden, erzielt einen grösseren Wissenszuwachs als kommerzielle Stationen (u.a. Curran et al. 2009, Fraile & Iyengar 2014, Iyengar et al. 2010, Shehata et al. 2015, Soroka et al. 2012, Strömbäck 2017).

**Service Public verringert die Wissenskluft zwischen gesellschaftlichen Gruppen in einem Land.** Besonders hervorzuheben ist, dass Service Public mit seinem Informationsangebot auch weniger privilegierte Schichten erreicht (u.a. Curran et al. 2009) bzw. diejenigen, die sich wenig für Politik interessieren (Iyengar et al. 2010; Shehata et al. 2015), weil sie in der Primetime über die Politikangebote «stolpern» bzw. sie aus alter Gewohnheit konsumieren. Als Konsequenz weisen Gesellschaften mit einem starken Service Public eine geringere Wissenskluft auf als solche mit kommerzialisierten Mediensystemen.

Diese positiven Effekte gibt es jedoch nur dort, wo Service Public vom kommerziellen Druck weitgehend abgekoppelt, d.h. solide öffentlich finanziert ist, und wo er in seinem journalistischen Tagesgeschäft nicht durch politische Einflüsse gestört wird (Soroka et al. 2012). Beides ist in der Schweiz der Fall: So erhält die SRG heute ca. 75% ihrer Mittel aus Gebühren. Auch um die politische Unabhängigkeit des journalistischen Tagesgeschäfts steht es in der Schweiz bestens, legt man internationale Daten zugrunde (Hanretty 2010).

**Fazit:** Der Service Public fördert die Informationsqualität und das politische Wissen in

einer Gesellschaft – und damit die Qualität von Wahlen und Abstimmungen.

«Der Service Public fördert die Informationsqualität und das politische Wissen in einer Gesellschaft – und damit die Qualität von Wahlen und Abstimmungen.»

Da viel darauf hindeutet, dass er dabei auch die weniger Privilegierten und weniger Interessierten erreicht, ist der Service Public heute eine der wenigen Instanzen, die der gesellschaftlichen Ungleichheit entgegensteht. Wollen wir jedoch seine Vorzüge geniessen, dann bedarf es einer soliden öffentlichen Finanzierung und der Gewähr, dass die Politik sich aus dem journalistischen Tagesgeschäft heraushält – beides Kernideen des heutigen Service Public in der Schweiz. Fraglich ist, ob ein kommerzialisierte Rundfunk diese Aufgaben in gleichem Masse erfüllen könnte, ist doch vielfältige und hintergründige Information teuer, generiert wenig Werbeeinnahmen und rechnet sich für kleinere Medienmärkte (wie der italienische und der rätoromanische Sprachraum in der Schweiz) kaum.

## Literatur

- Aalberg, T. et al. (2010). Media Systems and the Political Information Environment: A Cross-National Comparison. *International Journal of Press / Politics*, 15(3), 255-271.
- Curran, J. et al. (2009). Media System, Public Knowledge and Democracy: A Comparative Study. *European Journal of Communication*, 24(5), 5-26.
- Fög (2017). *Jahrbuch 2017. Qualität der Medien*: Schwabe Verlag.
- Fraile, M., & Iyengar, S. (2014). Not all news sources are equally informative: A cross-national analysis of political knowledge in Europe. *The International Journal of Press / Politics*, 19(3), 275-294.
- Hanretty, C. (2010). Explaining the De Facto independence of Public Broadcasters. *British Journal of Political Science*, 40(1), 75-89.
- Iyengar, S. et al. (2010). Cross-National versus Individual-Level Differences in Political Information: A Media System Perspective. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 20(3), 291-309.
- Iyengar, S. et al. (2009). «Dark Areas of Ignorance» Revisited. Comparing International Affairs Knowledge in Switzerland and the United States. *Communication Research*.
- Shehata, A. et al. (2015). Television Channel Content Profiles and Differential Knowledge Growth: A Test of the Inadvertent Learning Hypothesis Using Panel Data. *Political Communication*, 32(3), 377-395.
- Soroka, S. et al. (2012). Auntie Knows Best? Public Broadcasters and Current Affairs Knowledge. *British Journal of Political Science*, 43, 719-739.
- Strömbäck, J. (2017). Does Public Service TV and the intensity of the political information environment matter? *Journalism Studies*, 18(11), 1415-1432.

## POLITIK

## Ausblick auf die Frühjahrssession

In der Frühjahrssession werden neben zwei Volksinitiativen, welche für die Städte und Agglomerationen von grosser Bedeutung sind, auch Themen wie die Digitalisierung und der Status der vorläufigen Aufnahme behandelt. Mit der EL-Reform kommt zudem eine wichtige sozialpolitische Vorlage erstmals ins Parlament.

### Zersiedelungsinitiative geht zu weit

Die Zersiedelungsinitiative fordert, dass die Bauzonen in der Schweiz nicht weiter zunehmen. Neue Bauzonen soll es deshalb nur dann geben, wenn parallel eine gleich grosse Fläche ähnlicher Bodenqualität ausgezont wird. Die Kommission des Ständerats folgt dem Bundesrat und empfiehlt die Initiative dem Parlament ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Die Kommission befürchtet, dass es in einigen Regionen zu einer starken Baulandverknappung kommen könnte, was die Entwicklung der Kantone und Gemeinden beeinträchtigen würde.

### Kompetenzen der Kantone erhalten

Wie schon der Bundesrat und der Ständerat, beantragt die Kommission des Nationalrats die Velo-Initiative abzulehnen und dem direkten Gegenvorschlag zuzustimmen. Denn obwohl die Kommission die Meinung der Initianten teilt, dass der Bund bei Velo-

wegen die gleichen Aufgaben wahrnehmen soll wie bei Fuss- und Wanderwegen, will sie weiterhin an den Kompetenzen der Kantone festhalten. Der SSV steht ebenfalls hinter dem Gegenvorschlag und begrüsst eine Förderung des Veloverkehrs auf Bundesebene, wobei das Subsidiaritätsprinzip hochgehalten werden soll.

### Neue Motion zur vorläufigen Aufnahme

Die Kommission des Ständerats ist nach wie vor nicht davon überzeugt, dass der Status der vorläufigen Aufnahme abgeschafft werden soll und beantragt die Ablehnung der Motion aus dem Nationalrat. Sie hatte am 17. November 2017 die betroffenen kantonalen Konferenzen sowie den Städteverband dazu angehört. Gleichzeitig hat die Kommission jedoch anerkannt, dass Handlungsbedarf bei der Integration der betroffenen Personen in den Arbeitsmarkt besteht. Deshalb hat sie die Einreichung einer Kommissionsmotion beschlossen, welche eine punktuelle Anpassung des heutigen Status vorsieht. Beide Geschäfte werden in dieser Session im Ständerat behandelt.

### EL-Reform kommt ins Parlament

Bereits im September 2016 hat der Bundesrat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes zur Alters-, Hinterlassenen- und

Invalidenversicherung (EL-Reform) verabschiedet. Die Revision des Gesetzes soll das bestehende System optimieren, indem insbesondere die Verwendung von Eigenmitteln für die Altersvorsorge verbessert, sowie unerwünschte Schwelleneffekte reduziert werden. Der Städteverband unterstützt die genannten Ziele des Bundesrats und betont, dass eine weitere Verlagerung der Kosten auf Kantone und Gemeinden das heutige Leistungsniveau der EL stark gefährden würde. Nach intensiven Diskussionen in der Kommission wird sich der Nationalrat in der kommenden Session als Erstrat mit dem Geschäft befassen.

### Neue Formen der politischen Partizipation

Der Ständerat befasst sich in der Session mit zwei Geschäften zum Thema Digitalisierung: Zum einen mit einem Postulat von Damian Müller (FDP/LU), welches die Frage aufwirft, wie die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger mit den Möglichkeiten von «Civic Tech» verbessert werden kann. Zum anderen mit einer Motion der FDP-Fraktion, welche den Bundesrat beauftragt, bei der Erarbeitung des E-ID-Gesetzes die Interoperabilität der E-ID zu gewährleisten, sowie Sicherheitsstandards für die Dienstleistungsanbieter zu definieren. Der Bundesrat beantragt die Annahme beider Geschäfte.

## Vernehmlassungen

### Radio- und TV-Verordnung: Gebühren für journalistische Grundversorgung

Der Städteverband begrüsst die vorgeschlagenen Änderungen der Radio- und Fernsehverordnung. Dies gilt insbesondere für den Ausbau der Leistungen für seh- und hörbehinderte Menschen. Auch die Regelungen für zielgruppenspezifische Werbung stossen bei den SSV-Mitgliedern auf ein positives Echo.

Anstelle einer Werbezeitbeschränkung spricht sich der Verband für eine Abschöpfung der Werbeeinnahmen aus. Schliesslich wird auch unterstützt, dass die SDA künftig von Gebührengeldern profitieren kann. Allerdings sollen diese Mittel vor allem regionalen Bedürfnissen zugute kommen und es ist darauf zu achten, dass sie

für die journalistische Grundversorgung in der Schweiz eingesetzt werden.

### Bahnausbau: Der grosse Ausbauschritt ist das Minimum

Städte und Agglomerationen in allen Landesteilen sind darauf angewiesen, dass ein qualitativ hochstehender öffentlicher Verkehr einen beträchtlichen Teil des künftigen Verkehrswachstums auffängt. Dafür sind Ausbauten zwingend. Vor diesem Hintergrund bevorzugt der Städteverband klar das grössere der beiden vorgeschlagenen Pakete für den Bahnausbau, den Ausbauschritt 2035. Dieser ist im Vergleich zum Ausbauschritt 2030 wirtschaftlicher, stabilisiert den Bahnbetrieb verlässlicher und ermöglicht zusätzliche Angebotsverbesserungen zum Abbau weiterer Überlasten. Der

Bund soll aber die vorgesehenen Massnahmen verkehrlich und finanziell weiter optimieren und prüfen, ob er dank Einsparungen zusätzliche Projekte berücksichtigen kann. Weiter fordert der Städteverband gesetzliche Grundlagen für die Vorfinanzierung sowie deren nachträgliche Rückerstattung.

Bund, Kantone, Städte und Gemeinden müssen künftig die Langfristperspektiven der Bahn gemeinsam mit der Branche regelmässig überprüfen und ein gemeinsames Zielbild für die Weiterentwicklung der Bahninfrastruktur festlegen.

Weitere Vernehmlassungen unter:  
[www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen](http://www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen)

## AKTUELL

## Städteverband im Fokus

### SV17: Kantone, Städte und Gemeinden unterstützen Eckwerte des Bundesrats



Der Bundesrat hat Ende Januar die Eckwerte für die Botschaft zur Steuervorlage 17 bekannt gegeben. Aufgrund der Ergebnisse aus der Vernehmlassung soll der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer auf 21,2 Prozent erhöht werden. Dies hatte auch der Städteverband in seiner Stellungnahme gefordert. An der Plenarversammlung der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) informierte Bundesrat Ueli Maurer Vertreter der Kantone, Städte und Gemeinden über den Stand der Vorlage. Die FDK und die Vertreter der Kommunalverbände werten die Eckwerte als gute Grundlage für die Botschaft und unterstützen das rasche Vorgehen des Bundesrats. Reformen der Unternehmensbesteuerung in zahlreichen Staaten sowie die graue Liste der EU verdeutlichen, dass die Schweiz rasch Massnahmen zur Sicherung von Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen ergreifen muss. In Übereinstimmung mit dem Bundesrat wollen Kantone, Städte und Gemeinden an einem ausgewogenen Gesamtpaket festhalten, welches der erforderlichen Gegenfinanzierung Rechnung trägt und nahe an der Vernehmlassungsvorlage liegt.

[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

### Neuerungen für Städte und Gemeinden bei der MWST



Der 1. Januar 2018 brachte nicht nur eine Senkung des MWST-Normalsatzes von 8,0 auf 7,7%, sondern auch verschiedene Neuerungen für den Umgang der Gemeinwesen mit der MWST. Mit der Inkraftsetzung des neuen MWST-Gesetzes werden Gemeinwesen namentlich in drei Punkten entlastet: Erstens wird ein Steuersubjekt eines Gemeinwesens neu erst dann steuerpflichtig, wenn der Umsatz aus steuerbaren Leistungen an Nichtgemeinwesen 100 000 Franken übersteigt. Bisher lag diese Grenze bei 25 000 Franken. Zweitens wird die Zusammenarbeit von Gemeinwesen bei der Erfüllung gemeinsamer Aufgaben durch gemeinsame Organisationen erleichtert. Und drittens ist das Zurverfügungstellen von Personal unter Gemeinwesen neu von der Steuer ausgenommen.

Der Schweizerische Städteverband hat ein Merkblatt erarbeitet, das die Anpassungen und einige konkrete Hinweise zur praktischen Anwendung enthält.

[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

### Die ältere Bevölkerung verstärkt in Entscheidungsprozesse einbinden



Der demografische Wandel bedeutet für die Städte nicht nur, die Strukturen der Pflege- und Gesundheitsversorgung zu überdenken und beispielsweise genügend geeigneten Wohnraum zu schaffen, er benötigt auch eine Reaktion auf der Ebene der politischen Partizipation. Dies ist ein Fazit einer Fachtagung des Netzwerks altersfreundlicher Städte. Diskutiert wurde auch, wie solche Beteiligungsprozesse organisiert werden können. Entstanden ist aus den Debatten eine kurze Broschüre, die erörtert, welche Fragen Städte und Gemeinden bedenken sollen, wenn sie beispielsweise Seniorenräte einsetzen oder Befragungen von älteren Menschen durchführen.

[www.altersfreundlich.net](http://www.altersfreundlich.net)

### Neue Arbeitsgruppe Digitalisierung einberufen



Das Thema Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung wird derzeit vielerorts intensiv diskutiert. Nach der Digitalisierungstagung, die der Städteverband Anfang November in Solothurn durchführte, war Renate Amstutz an mehreren Veranstaltungen eingeladen, zum Thema zu referieren. Dabei betonte sie, dass manche Städte mit konkreten digitalen Anwendungen bereits wichtige Erfahrungen sammeln. Rasch stellen sich aber Fragen nach einer Gesamtstrategie, dem Umgang mit Risiken oder nach den notwendigen finanziellen Mitteln. Weil sich derartige Fragen früher oder später in allen Städten und Gemeinden stellen dürften, ist wichtig, dass die Städte voneinander lernen und wenn möglich auch zusammenarbeiten können. Das grosse Bedürfnis nach einem Erfahrungsaustausch hat den Städteverband veranlasst, die Arbeitsgruppe Digitalisierung einzuberufen. Die nächsten Austauschsitungen finden im Frühling und Herbst 2018 statt. Der SSV ist zudem Partner der SmartSuisse, die am 11. und 12. April bereits zum zweiten Mal in Basel stattfindet.

[www.smartsuisse.com](http://www.smartsuisse.com)

## Kurzmeldungen

### Eine filmische Reise durch die Stadt

Wie sollen die Städte der Zukunft gebaut werden? Wie leben die Menschen in Millionenmetropolen und wie in der Schweiz? Und welche Ideen prägten den Städtebau? Der Filmemacher Thomas Hämmerli hat zu diesen Fragen einen rasanten Dokfilm mit dem Titel «Die Gentrifizierung bin ich. Beichte eines Finsterlings» gedreht. Er läuft in verschiedenen Städten im Kino an.

[www.filmcoopi.ch](http://www.filmcoopi.ch)

### Fachaustausch zur Frühen Förderung

Wie können Strukturen zur Frühen Förderung von Kindern eingerichtet werden? Welche Konzepte braucht es, um Kitas, Spielgruppen und ähnliche Institutionen zu etablieren? Im Rahmen des «Nationalen Programmes gegen Armut» hat der Gemeindeverband hierzu in Kooperation mit dem SSV Analysen vorgenommen. Damit werden nun Fachveranstaltungen in der gesamten Schweiz angeboten.

[www.gegenarmut.ch](http://www.gegenarmut.ch)

### Projekte für den Watt d'Or 2019

Für den Watt d'Or 2019 sucht das Bundesamt für Energie erneut innovative und zukunftsweisende Energie-Initiativen, Technologien, Produkte, Geräte, Anlagen, Dienstleistungen, Strategien, Gebäude oder energieeffiziente Raumkonzepte. Vorschläge können bis Ende Juli 2018 eingereicht werden.

[www.wattdor.ch](http://www.wattdor.ch)

### 37 Fragen und Antworten...

...zum Strassenbau: Wozu sind Randsteine gut und weshalb werden Strassen entwässert? Diese und weitere Fragen beantwortet eine neue Publikation von Infra Suisse. SSV-Mitglieder können sie vergünstigt beziehen (ab dem 22.2.).

[www.kommunale-infrastruktur.ch](http://www.kommunale-infrastruktur.ch)

smartSuisse

11. April 2018 Kongress  
12. April 2018 Ausstellung  
Congress Center Basel

# Agenda

## Schweizerischer Städteverband SSV

- 16. März 2018** **Fachtagung «Demokratie im Wandel: Wie bleibt die öffentliche Hand glaubwürdig?»** in Neuenburg  
Information: Maja Münstermann, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 20. März 2018** **Frühlingsseminar Netzwerk Lebendige Quartiere** in Bern  
Information: Julia Imfeld, Telefon 031 35 632 32, netzwerk@lebendige-quartiere.ch
- 14. Juni 2018** **Tagung «5 Jahre Raumkonzept Schweiz»** in Bern  
Information: regina.gilgenthetaz@are.admin.ch
- 21. Juni 2018** **Nationale Tagung «Quartiere im Wandel» Netzwerk Lebendige Quartiere** in Solothurn  
Information: Julia Imfeld, Telefon 031 35 632 32, netzwerk@lebendige-quartiere.ch
- 30./31. August 2018** **Städtetag 2018** in Solothurn  
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

## Organisation Kommunale Infrastruktur

- 14./15. Juni 2018** **Mitgliederversammlung OKI 2018** in Bellinzona  
Information: Romana Kocher, Telefon 031 356 32 42, info@kommunale-infrastruktur.ch

## Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 19. April 2018** **Delegiertenkonferenz der Städtekonferenz Kultur** in Bern  
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, info@skk-cvc.ch
- 4. Juni 2018** **Mitgliederversammlung und Fachanlass der Städtekonferenz Mobilität**  
Information: Roman Widmer, Telefon 031 356 32 32, info@skm-cvm.ch
- 8. Juni 2018** **Frühlingskonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik** in Baden  
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative.ch

## Weitere Organisationen

- Ab Februar 2018** **CAS «Weiterbildung für Politik» der Universität St.Gallen** (Patronat: SSV)  
Information: www.es.unisg.ch
- Ab März 2018** **CAS «Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT)» der Universität Bern** (Patronat: SSV)  
Information: www.unibe.ch
- 6./7. März 2018** **Swiss eGovernment Forum 2018** in Bern (Patronat: SSV)  
Information: www.infosocietydays.ch
- 20. März 2018** **AEE SUISSE Kongress 2018 - Vertrauen in die Energiezukunft** in Spreitenbach (Patronat: SSV)  
Information: www.aee-kongress.ch
- 11. April 2018** **Strategiekongress SmartSuisse** in Basel (Patronat: SSV)  
Information: www.smartsuisse.com

## Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern  
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Barbara Brechbühl, Karin Christen, Nadja Huonder, Julia Imfeld, Carol Mauerhofer, Maja Münstermann, Martin Tschirren, Roman Widmer; Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Portrait Seite 1: Maria Lenz; Foto Seite 2: Esther Michel; Bild Seite 3: zvg  
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch  
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch